Der Abbau der Stundungsverordnungen.

Infolge der Ende Mai erschienenen sechsten Stundungsverordnung hat bekanntlich die gesetzliche Stundung in ganz Oesterreich, mit Ausnahme von den durch den Krieg direkt betroffenen Gebieten, mit 31. August l. J. ihr Ende erreicht. In der damaligen Verordnung wurde jedoch festgesetzt, daß für Schuldner, die sich infolge besonderer Umstände in ungünstigen Verhältnissen befinden, die richterliche Stundung beibehalten werden soll, und zwar wurde die Höchstdauer der richterlichen Stundung mit 31. Dezember 1915 begrenzt. Das gilt auch für die richterliche Stundung, die im Besonderen für Ausfuhr- und Fremdenverkehrsinteressenten vorgesehen war und die sich für diese Interessenten auch auf solche Forderungen bezog, die sonst von der Stundung ausgenommen sind, so für Forderungen aus Dienst- und Lohnverträgen, aus Miet- und Pachtverträgen zc. zc. Wie wir nun hören, wird in den nächsten Tagen eine kaiserliche Verordnung erscheinen, durch welche die Gewährung der richterlichen Stun-

dung über den Jahreschluß hinaus, gegebenenfalls bis Ende Dezember 1916 wird erfolgen können, wobei wieder die Ausfuhr- und Fremdenverkehrsinteressenten, sowie namentlich die im Süden gelegenen Gebiete eine besondere Berücksichtigung erfahren werden. Wie verlautet, soll die Bezeichnung „richterliche Stundung“ durch einen anderen Ausdruck ersetzt werden.

Gestern hat im Justizministerium unter dem Vorsitz des Sektionschefs Dr. Ritter v. Schauer eine Enquete stattgefunden, die sich speziell mit der Frage des Abbaues des galizischen Moratoriums beschäftigte. Wie wir hören, hat sich die Beratung darüber, die über drei Stunden währte, sehr schwierig gestaltet. Die Materie ist äußerst kompliziert und verworren, nicht zuletzt infolge des Umstandes, daß die Rückwirkung der Kriegsergebnisse in den verschiedenen Teilen Galiziens sehr verschieden ist.

Wie wir hören, ist aber wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß, der herrschenden Gegensätze ungeachtet, auch in dieser Angelegenheit eine positive Entscheidung erfolgen wird, die auf alle geäußerten Wünsche möglichst Bedacht nimmt. Die Frage des galizischen Moratoriums wird nunmehr den Gegenstand einer interministeriellen Beratung bilden, die morgen (Donnerstag) stattfindet.